

Horst Kahrs  
[Horst.Kahrs@rosalux.org](mailto:Horst.Kahrs@rosalux.org)  
 26./27. Mai 2019  
 Datenstand: 03:00

# Die Wahl zum Europäischen Parlament in Deutschland am 26. Mai 2019

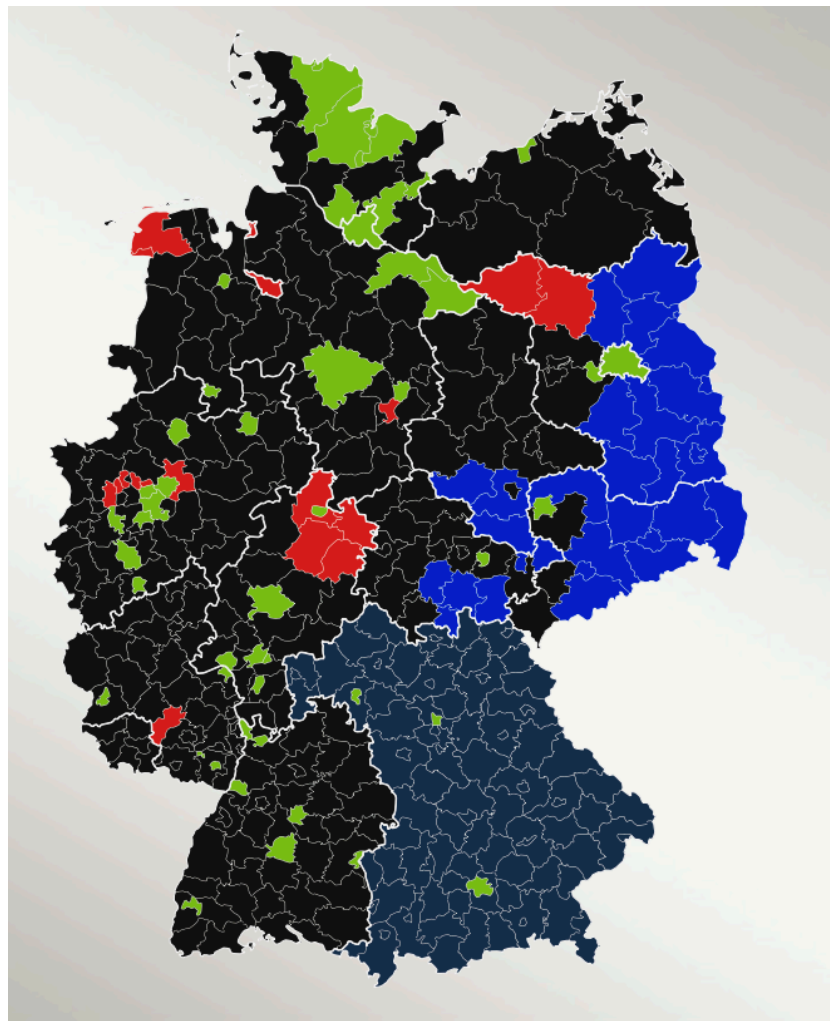
## WAHLNACHTBERICHT UND ERSTER KOMMENTAR

<b>ÜBERSICHT</b>	<b>2</b>
Prozente und Mandate	2
Wahlbeteiligung, Gewinner, Verlierer – eine erste Bewertung	3
<b>EIN ERSTER KOMMENTAR</b>	<b>5</b>
<b>DAS WAHLERGEBNIS</b>	<b>9</b>
<b>Bund</b>	<b>9</b>
<b>Länder</b>	<b>10</b>
<b>Einzelne Parteien</b>	<b>12</b>
AfD	12
<b>SOZIODEMOGRAPHISCHE MERKMALE DER WAHLENTSCHEIDUNG</b>	<b>13</b>
<b>EINSTELLUNGEN, STIMMUNGEN UND PARTEIAFFINITÄTEN</b>	<b>15</b>
<b>Einstellungen zu »Europa« bzw. zur »Europäischen Union«</b>	<b>15</b>
Vorwahlbefragungen	15
Nachwahlbefragungen am Wahlabend	18
<b>Themen</b>	<b>18</b>
Vorwahlbefragungen	18
Wahltagsbefragungen	20
<b>Parteiaffinitäten</b>	<b>20</b>
Wahltagsbefragungen	21
Wählerwanderungen	23

# Übersicht

## Prozente und Mandate

Übersicht: vorl. Ergebnis EP-Wahl 2019 in Deutschland						
	EP-Wahl 2014		EP-Wahl 2019		Veränderungen	
	Stimmenanteil (%)	Sitze	Stimmenanteil (%)	Sitze	Stimmenanteil (%)	Sitze
CDU	30,0	29	22,6	23	-7,4	-6
SPD	27,3	27	15,8	16	-11,5	-11
GRÜNE	10,7	11	20,5	21	9,8	10
FDP	3,4	3	5,4	5	2,0	2
DIE LINKE	7,4	7	5,5	5	-1,9	-2
CSU	5,3	5	6,3	6	1,0	1
AfD	7,1	7	11,0	11	3,9	4
FREIE WÄHLER	1,5	1	2,2	2	0,7	1
Tierschutzpartei	1,2	1	1,4	1	0,2	0
FAMILIE	0,7	1	0,7	1	0,0	0
PIRATEN	1,4	1	0,7	1	-0,7	0
ÖDP	0,6	1	1,0	1	0,4	0
NPD	1,0	1	0,3	0	-0,7	-1
Die PARTEI	0,6	1	2,4	2	1,8	1
Volt			0,7	1	0,7	1



## Wahlbeteiligung, Gewinner, Verlierer – eine erste Bewertung

Die deutlich gestiegene **Wahlbeteiligung** spricht für eine seit 2016 anhaltende Politisierung in der deutschen Gesellschaft und eine Verschärfung der gesellschaftlichen und politischen Konflikte. Ausweislich der Wahltagsbefragungen geht der Anstieg der Wahlbeteiligung mit einem gewachsenen Interesse an der EU, an europäischer Politik und dem Wunsch nach stärkerer Zusammenarbeit in Europa einher. Die Beteiligung erreicht wieder ein Niveau wie bei den ersten vier Wahlen zum Europäischen Parlament.

Die **Umwälzung des deutschen Parteiensystems** setzt sich in verschiedener Gestalt fort. Die Zahl der aus Deutschland ins europäische Parlamente Abgeordnete entsendenden Parteien hat sich dank der fehlenden Sperrklausel nochmals erhöht und spricht für eine anhaltende Fragmentierung der politischen Interessenlagen. Von Volksparteien im Sinne der alten Bundesrepublik zu sprechen, hat sich angesichts der erneuten Verluste der SPD und auch der Union wohl endgültig überholt. Sie werden weiter zerrieben in einer neuen politischen Großwetterlage, in der die Bürgerinnen und Bürger sich in Massen neu orientieren: Große Themen wie Klimawandel, die Rolle der EU in einer sich plötzlich umstülpenden globalen Ordnung, die technologisch getriebenen Veränderungen in der Arbeits- und Lebensweise und die völlig ungelösten Probleme von Bevölkerungswachstum, Klimafolgen und gewaltsamen Auseinandersetzungen, an den europäischen Außengrenzen in Gestalt von Flüchtlingen präsent, bestimmen die Sichten auf die Welt, in der Wahlentscheidungen immer wieder neu überprüft werden.

Die **Grünen** sind die großen Gewinner des Wahltages, sowohl bei der Wahl zum Europäischen Parlament als auch in der Bremischen Bürgerschaft. Dort wird ohne sie wohl keine Regierung gebildet werden können... Erstmals erreichen sie bei einer bundesweiten Wahl mehr ein Fünftel der Stimmen. Sie verdanken dies ihre Rolle als Gegenpart der AfD, und zwar sowohl bei der Themensetzung als auch bei den Werten und Normen, die die Gesellschaft bestimmen sollen. Sie verdanken dies auch der Schwäche der anderen Parteien, insbesondere SPD, Union und Linkspartei, denen aus unterschiedlichen Gründen nicht zugetraut wird, in diesen Fragen eine konsequente und zugleich durchsetzungsorientierte Position zu vertreten.

Die **AfD** gehört ebenfalls zu den Gewinnern, allerdings in einem spezifischen Sinn. Sie wird gestärkt ins Europa-Parlament einziehen und dort einer Fraktion angehören, die vermutlich einiges Aufsehen erregen wird, auch wenn sie sich über Fragen wie Finanzhilfen für Italien zerstreiten dürfte, wenn die AfD ihren Prinzipien treu bleibt. Zu den Erfolgen der AfD zählt, dass sie in etlichen ostdeutschen Landkreisen mit Stimmenanteilen von gut einem Fünftel und bis zu einem Drittel zur stärksten Partei gewählt wurde. Im Land Brandenburg wurde sie mit nicht einmal 20% zur landesweit stärksten Partei dank einer weitgehenden Fragmentierung des Parteiensystems in fünf mittlere Parteien und fast einem Sechstel der Stimmen für sonstige Parteien. Ein Sachsen erreichte sie mit einem Viertel der Stimmen ebenfalls den ersten Platz. Die Rolle der stärksten Partei geht in der Regel nicht mit einer Ausweitung der Stimmenzahl für die AfD einher. In Sachsen lag sie um 1,7%punkte, in Brandenburg um 0,3%punkte unter dem Stimmenanteil bei der Bundestagswahl. Die Partei zählt bundesweit nicht zu den Gewinnern insoweit, dass sie hinter dem Ergebnis der Bundestagswahl zurückgeblieben ist und der Nimbus eines unaufhaltsamen Aufstiegs im Westen der Republik vorerst gebrochen ist. Möglich wurde dies durch eine breite Gegenmobilisierung der anderen Parteien, die auf die Angst vor einem Erstarken der Nationalisten setzte.

Eine kleine Gewinnerin des Wahlabends ist auch die **CSU**. Unter ihrem neuen Parteivorsitzenden Markus Söder ist ihr, in Verbindung mit einem Strategiewechsel gegenüber der AfD einerseits und in der Europapolitik andererseits wohl auch dank des EVP-Spitzenkandidaten

aus der eigenen Partei eine Verbesserung gegenüber der Vorwahl und der Bundestagswahl gelungen.

Die große Schwesterpartei **CDU** zählt zu den Verlierern. Die Niederlage wird für die neue Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer durch den Wahlerfolg in Bremen etwas abgemildert. Allerdings dürften sich in der Partei die Debatten verschärfen, ob sie nicht demnächst Angela Merkel ablösen sollte, die allerdings auch unter CDU-Anhängern als die bessere Kanzlerin betrachtet wird. Auch dürfte der Ruf nach einem Mann als Kanzlerkandidat wieder stärker werden...

**Die Linke** geht erstmals in ihrer Geschichte als Linkspartei mit einer fünf vor dem Komma aus einer bundesweiten Wahl hervor. Hierfür gibt es mehrere Gründe. Ein Grund dürfte die für viele unklare Haltung gegenüber der Europäischen Union und ihrer Reformierbarkeit sein, so dass der Wahlslogan »Macht Europa sozial« politisch in der Luft hing. Ein zweiter Grund ist die traditionell niedrigere Mobilisierungsfähigkeit der Partei bei europäischen Wahlen im Vergleich zur Bundestagswahl. Und ein dritter Grund ist in der Vielzahl konkurrierender kleinerer Parteien zu finden, die für Wähler der Linken bei einer fehlenden Sperrklausel ebenfalls wählbar sind. Die Wahlschlappe wird zwar überdeckt durch den Wahlerfolg in Bremen, dürfte gleichwohl aber mit Blick auf die kommenden Vorstandswahlen in Fraktion und Partei die innerparteilichen Debatten um die strategische Ausrichtung wieder neu beleben.

Die große Verliererin des Wahlabends ist die **SPD**. Erstmals landet sie bei einer bundesweiten Wahl unter der 20%-Marke und das auch noch überaus deutlich. Vordergründig scheint das Vorhaben von Andrea Nahles gescheitert, durch gute sozialdemokratische Sacharbeit in der Regierung die Erneuerung der Partei zu befördern. Auch erscheint vielen fraglich, ob sie mit ihrem erworbenen »Bätschi«-Image jemals noch zu einer sympathischen politischen Persönlichkeit und Parteivorsitzenden wird werden können, zumal sich auch im Zusammenhang mit der Niederlage in Bremen die altbekannten Rituale wiederholen werden, die grundsätzlichen Probleme der Partei durch einen Personalwechsel kaschieren zu wollen. Die SPD hat erkennbar mindestens eine jüngere politische Generation an die Grünen verloren. Ihr fehlt es an einem kantigen, d.h. erkennbaren politischem Profil, zu dem mehr gehören würde als gute Noten für einzelne sozialpolitische Maßnahmen. Ihre fehlende strategische Ausrichtung demonstriert Olaf Scholz, wenn er auf EU-Ebene Maßnahmen zur höheren Besteuerung von Großkonzernen blockiert und angesichts hinter den Erwartungen zurückbleibender Steuereinnahmen verkündet, dass die fetten Jahre vorbei seien - von denen viele potentielle sozialdemokratische Wähler recht eigentlich gar nichts abbekommen haben. Hinzu kommt die Mutlosigkeit, sich auf gesellschaftspolitische Debatten über notwendige neue Entwicklungspfade einzulassen, geschweige denn, sie anzuführen.

Das Wahlergebnis in Deutschland trägt dazu bei, die rechten Kräfte in der EU zu stärken und die Linken zu schwächen. Gleichzeitig verstärkt es die politische Fragmentierung (in Deutschland standen 41 Parteien und sonstige Vereinigungen zur Wahl, EU-weit über 300) und damit die Notwendigkeit, neue Parteienbündnisse zu bilden. Damit werden die Veränderungen in den Parteiensystemen neue Nahrung erhalten zumal es zu den Zeichen der unübersichtlichen Zeiten gehört, dass die Wählerinnen und Wähler kritisch auf die Parteien schauen und dauerhafte Bindungen scheuen. Der Umbau zu einem Mehrparteiensystem mit mehreren Parteien mittlerer Größe hat sich fortgesetzt. Vielfach reichten etwas mehr als 20% der Stimmen, um in einem Kreis zur stärksten Partei zu werden.

## Ein erster Kommentar

Im Vorfeld wurde die Wahl zum Europäischen Parlament zu einer »Schicksalswahl« ausgerufen (1). Die darauf aufbauenden Wahlstrategien gingen an wesentlichen Grundstimmungen in der Gesellschaft vorbei, die sich am ehesten als verallgemeinerter »Zweifel« begreifen lassen (2). Die Orientierung auf die EU als »Bollwerk gegen Nationalismus« verdeckte, dass viele Bürgerinnen und Bürger weit mehr von der EU erwarten. Von diesen Erwartungen konnten vor allem die Grünen profitieren (3). Der Wahlkampf der Parteien thematisierte eine wachsende »Spaltung«, wo eher von verschärften gesellschaftlichen und politischen Konflikten zu reden gewesen wäre, die jedoch nicht angemessen repräsentiert wurden. Die Bürgerinnen und Bürger wollten mehr als die Parteien aus Sorge vor Zuspitzungen bereit waren zu geben. Die politische Öffentlichkeit der Gesellschaft hat zudem neue Wege jenseits der von Parteien dominierten Öffentlichkeit gefunden (4). In der gestiegenen Wahlbeteiligung und dem relativ schlechten Abschneiden der Nationalisten in Deutschland drückt sich weniger eine Zustimmung zum Agieren der gewählten Parteien aus als vielmehr ein Vertrauensverlust, eine neue Chance. Die Parteien bilden die politischen Stimmungen und Haltungen in der Gesellschaft nur unzureichend ab (5). Linke Parteien in Deutschland können von einer veränderten gesellschaftlichen Stimmung nicht profitieren. Sie stecken mitten im Prozess der inhaltlich-strategischen Neu-Erfindung (6).

(1) Die Europa-Wahl 2019 wurde in Deutschland vielfach als »Schicksalswahl« charakterisiert. Die Zukunft Europas stünde auf dem Spiel. »Europa« werde bedroht von Nationalisten und Rechtspopulisten bzw. von Populisten, stünde einem »Ansturm der Populisten und Extremisten« von rechts und links gegenüber. Gemeint war damit, dass es voraussichtlich im neuen Europäischen Parlament keine absolute Mehrheit aus Christ- und Sozialdemokraten geben und ein über vier Jahrzehnte bewährtes politisches Regulierungsmodell ausgedient haben würde. Neue stabile Mehrheiten würden wohl nur unter dauerhaftem Einschluss der Liberalen möglich sein. Im deutschen Wahlkampf wurden sie, unter Einschluss der Grünen, oft als »die proeuropäischen Parteien« bezeichnet.

Europa als Bollwerk gegen den Nationalismus verteidigen, die Angst vor dem Erstarren der nationalistischen und autoritären Kräfte mobilisieren, das war - in unterschiedlichem Maße - Teil der Wahlkampfstrategie aller im Bundestag vertretenen Parteien außer der AfD. Deren Schüren von Ängsten und Ressentiments wurde mit dem Anrufen von Gegenängsten vor Nationalismus und EU-Zerfall nicht ohne Erfolg beantwortet. Diese diskursive Rahmung des Wahlkampfes und der Berichterstattung verdeckte zugleich die seit 2014 fundamental veränderten Bedingungen, unter denen nicht nur in Deutschland die Wählerinnen und Wähler die Europäische Union wahrnahmen und eine Entscheidung trafen.

(2) Eine, vielleicht die allgemein verbreitete Grundstimmung lässt sich auf einen Begriff bringen: Zweifel. Zweifel, dass die EU so wie sie ist, in einem guten Zustand ist; Zweifel vor allem an der Fähigkeit der Europäischen Union und der sie letztlich regierenden Nationalregierungen, im Sinne eines europäischen Gemeinnsinns kooperieren und Entscheidungen in gebotener Zeit herbeiführen zu können, also den Status Quo in einem positiven Sinn überwinden zu können. Die Zweifel betreffen die Grundfesten der EU, ihr Versprechen von »Sicherheit und Wohlstand in Freiheit«. Und in Deutschland die beiden Parteien, die wie keine anderen für die europäische Politik Deutschlands stehen: CDU und SPD.

Der Umgang mit der »Griechenland-Krise« nach der Parlamentswahl 2014, die Politik der Memoranden, demonstrierte die Grenzen der europäischen Union als Solidargemeinschaft: keine gemeinsame europäische Lösung für die zugrundeliegende Finanz- und Bankenkrise. Spiegelbildlich wiederholte sich diese Erfahrung in der Krise der Flüchtlingspolitik 2015/2016. Mit dem »Brexit«-Votum blamierte sich die Vorstellung, dass der Weg der

europäischen Integration unumkehrbar sei. Die Politik des neuen US-Präsidenten Trump förderte einerseits den »Unsere Leute zuerst«-Nationalismus und zerstörte zugleich das europäische Grundvertrauen, dass auf das US-amerikanische Sicherheitsversprechen unbedingter Verlass sei. Die Weltordnung ist erneut aus den Fugen, unversehens findet man sich in einem globalen Wirtschaftskrieg um die Vorherrschaft über die Neuen Technologien wieder. Die Erwartungen, die sich auf stärkeren Zusammenhalt und auf eine größere Handlungsmacht der Europäischen Union richten, gegenüber anderen globalen Mächten wie gegenüber wirtschaftlicher Macht, stiegen und wurden gleichzeitig enttäuscht. Symptomatisch für die wachsende Kluft zwischen Erwartungen und Wirklichkeit steht dafür in einigen europäischen Ländern und unter jungen Menschen die Klimapolitik, die teilweise mehrheitlich als dominierendes europäisches Anliegen von befragten Bürgerinnen und Bürgern genannt wurde; oder auch die ausbleibende Besteuerung der großen (Digital-)Konzerne, woran ein deutscher Finanzminister der Sozialdemokratie nicht unschuldig ist.

(3) Mehr oder weniger ausgeprägt bilden die über entstandenen Wahrnehmungen zum Zustand der EU in einer veränderten Welt einen gemeinsamen Nährboden für die aktuellen politischen Auseinandersetzungen. Während die einen aus der mangelnden Fähigkeit zur Kooperation in Vielfalt als Konsequenz mehr »Souveränität« für Volk und Nation fordern, werben andere für einen großen Schritt nach vorn, für neue europäische Institutionen (Steuern, Arbeitslosenversicherung, Mindestlöhne u.a.m.). Pragmatismus geben die ehemals dominierenden Kräfte der Christ- und Sozialdemokratie als ihre Methode aus, was in der Praxis hierzulande oftmals bedeutet, auf die Notwendigkeit europäischer Lösungen zu verweisen, sie aber gerade durch das Pochen auf »unser (!) Europa« zu blockieren.

Die Verschärfung der gesellschaftlichen Konflikte wurde versucht als wachsende Spaltung zwischen Pro- und Anti-Europäer einzuhegen. Damit wurden die politischen Debatten und Konflikte erstickt. Skepsis gegenüber der EU, die sich auf ihre reale Ausgestaltung bezog, geriet in den Verdacht, antieuropäisch zu sein. Übersehen wurde dabei, dass nahezu die Hälfte dieser Skeptiker von der EU - und nicht von ihrem Nationalstaat - mehr sozialen Schutz erwartete, also den Ausbau der sozialen Säule. Mehr als ein Drittel der deutschen Befragten würde für weniger wirtschaftliche Ungleichheit auch vom eigenen volkswirtschaftlichen Wohlstand abgeben wollen. Die unterschiedlichen Vorstellungen zur Weiterentwicklung der EU fanden in diesem Wahlkampf nur unzureichend eine Öffentlichkeit. Hier öffnet sich eine respektable Repräsentationslücke. Mit den Grünen war eine Partei erfolgreich, die erstens für das Thema steht, welches für knapp die Hälfte der Befragten eine entscheidende Rolle bei der Wahlentscheidung spielte (Klima- und Umweltschutz), die zweitens für den Zustand der europäischen Politik nicht verantwortlich gemacht wird und die drittens mit einem moderierenden, sachorientierten Politikstil wahrgenommen wird.

(4) Allen »proeuropäischen« Parteien in Deutschland war gemein, dass sie Dinge versprochen, von denen sie glaubten, dass sie ihren potentiellen Wählerinnen und Wählern am Herzen lägen. Worum es in Zeiten des Zweifels an der EU hätte gehen müssen, darüber schwiegen sie recht laut: Wie kann es mehr Zusammenarbeit geben, etwa mit den osteuropäischen Regierungen? Wie ist eine bessere, vertiefte europäische Kooperation, die in Deutschland von einer großen Mehrheit gewollt wird, vorstellbar und erreichbar, was heißt das für die deutsche Politik, die Rolle Deutschlands in Europa? Und was bedeutet das für einzelne Politikfelder?

Die Zweifel, und das ist entscheidend, wurzeln beileibe nicht in Ängsten, sie wurzeln mehr noch in Erfahrung und Wissen: im Wissen um die wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse zum Klimawandel, im Wissen um die anhaltenden Fluchtursachen in Afrika, im Wissen um die die nationalstaatliche Souveränität untergrabende Macht der transnationalen Konzerne und Rating-Agenturen. Die Zweifel wachsen aus der Realität bzw. aus dem rationalen, nicht

dem irrationalen Blick auf das, was ist und sein müsste. Das Beharren auf dem Stand der Wissenschaft in Sachen Klima und nicht Ängste und Ressentiments zeichnet die emotionale Stärke von Fridaysforfuture aus. Die Zweifel wurzeln im Wissen um die grundlegenden Veränderungen, die mit den neuen Technologien Beruf und Einkommen, der Arbeits- und Lebensweise bevorstehen. (Dank Rezo dürfte dieses Wissen jetzt auch das Konrad-Adenauer-Haus erreicht haben.) Manchmal äußert sich das Wissen über die Weltlage in Form des Unbehagens und der Hilflosigkeit, etwa wenn es kaum jemand auf direkte Nachfrage für vereinbar mit den »europäischen Werten« hält, Menschen im Mittelmeer ertrinken zu lassen oder in libysche Lager zurückzuschicken oder unter unmenschlichen Umständen zur Abschreckung auf griechischen Inseln festzusetzen, aber auch nicht sagen kann, wie eine humane Lösung aussehen sollte.

So gesehen, haben die im Bundestag vertretenen Parteien in Deutschland die Bürgerinnen und Bürger im Wahlkampf systematisch unterfordert. Es mangelte nicht an Bekenntnissen zur Bedeutung von »Europa« oder von bestimmten Politikfeldern. Etwa dass Europa sozialer werden muss, ist eine über Parteigrenzen hinweg verbreitete Erkenntnis. Entscheidend ist hier wie auf anderen Feldern: Wie? Was kann möglich gemacht werden? Welche Anstrengungen werden die Parteien und die nationalen Regierungen unternehmen? (Wäre es nicht naheliegend, mit dem Europäischen Parlament auch über eine nationale Regierung - statt der Kreistage - als zweitem und entscheidenden Player in Europa) abzustimmen? »Es nützt nicht viel, wenn man für Europa ist, aber nicht ausführt, wie dieses Europa aussehen soll. Konkreter zu sagen, welchen Projekten, möglicherweise auch Zumutungen sich die EU stellen muss (...) bleibt die Aufgabe.« (Giovanni di Lorenzo, ZEIT, 23.5.2019) Vermutlich ist es schlimmer. Fallen die Bekenntnisse, etwa in der Klimapolitik als aktuelles Beispiel, doch seit fast zwei Jahrzehnten recht gleichlautend aus ohne dass sich an der relativen Untätigkeit etwas geändert hätte. Ein Teil der nachwachsenden Generation ist nicht mehr bereit, das hinzunehmen und fordert endlich der Dramatik angemessene Taten. In der Gesellschaft ist etwas in Bewegung geraten, was dem Parteiensystem einerseits eine neue Chance gibt, andererseits schnell in Zorn umschlagen kann, wenn keine angemessene Repräsentation erfolgt.

(5) Die gestiegene Wahlbeteiligung und die relative Stärke der »proeuropäischen« Parteien von Mitte-rechts bis links zeugen vom wieder entflammten politischen Interesse unter den Wahlberechtigten. Sie haben damit einen Vertrauenscredit vergeben. Allerdings hat der Credit eine kurze Laufzeit. Ihre gemeinsame Botschaft lautet: Angesichts der Größe der Aufgaben tut mehr europäische Zusammenarbeit not, und zwar eher heute als morgen.

Dabei zeigt sich dank der fehlenden Sperrklausel in Deutschland, wie fragmentiert die politischen Interessen und Anliegen sind. Diesen Eigensinn der Bürgerinnen und Bürger bei ihren Wahlentscheidungen erleben nicht nur die beiden alten Volksparteien. Deren vermeintliche Fähigkeit, Interessen zu bündeln, gründete ohnehin auf einem gefühlten Vertrauensvorsprung der Wählenden, der ihnen durch Wahlempfehlungen etwa von Gewerkschaften einerseits und Kirchen andererseits vermittelt wurde.

Die anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament sichtbar werdende Fragmentierung der politischen Landschaft stellt die im Bundestag vertretenen Parteien vor die Aufgabe, politische Interessen und Anliegen auf neue Art und Weise zu bündeln. Es geht darum, in viel stärkerem Maße politische Richtungen und die zur Verfügung stehenden Instrumente zur Umsetzung von kleinen und großen Schritten in diese Richtung deutlich zu machen.

(6) Obwohl mit Soziales und Frieden bei den interessierten Bürgerinnen und Bürgern zwei Themen große Bedeutung hatten, die eher mit linken Parteien verbunden werden, und Klima- und Umweltschutz keine Themen sind, die sich gegen linke Parteien richten und das

Thema Zuwanderung weiter nach hinten rückte, konnten weder SPD nach DIE LINKE von dieser Stimmung profitieren.

Bei der Suche nach Gründen für die Sozialdemokratie könnte man auf ein anhaltendes Glaubwürdigkeitsproblem verweisen: Zwar kehrt sie in der Regierungsarbeit in Berlin wieder soziale Themen heraus, doch lässt sie nicht erkennen, dass sie auch bereit wäre, diese Versprechen durch verteilungspolitische Eingriffe und eine andere Finanzpolitik zu erfüllen. So lange handelt es sich um Schönwetterversprechen. Wenn der sozialdemokratische Finanzminister verkündet, dass die »fetten Jahre« vorbei sind, so signalisiert das einer Reihe von potentiellen SPD-Wählerinnen, die in den letzten zehn Jahren nur mühsam über die Runde kamen, nichts Gutes. Durch personelle Wechsel lässt sich dieses strategische Problem nicht lösen.

Für die Partei DIE LINKE ließe sich angesichts der innerparteilichen Auseinandersetzungen gerade auch in der Europa-Frage ähnlich argumentieren. Wenn politische Richtungswechsel auf der Basis der bestehenden Verträge nicht möglich sein sollen und erst die Verträge neu verhandelt werden müssen, wird die Durchsetzbarkeit linker Forderungen noch fraglicher, denn woher sollten Mehrheiten für eine Neuverhandlung kommen? Indes griffe auch diese Argumentation wie diejenige zur Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie zu kurz. Zweifel und Unbehagen haben für Teile der Gesellschaft viel damit zu tun, dass der real existierende Kapitalismus die vorhandenen Probleme, die vom immer noch existierenden Hunger in der Welt bis zur gerechten Verteilung der Wohlstandsgewinne reichen, nicht in einer positiven Weise bearbeitet, sondern sie verschärft und bei ihrer Bewältigung scheitert. Vertraut wird weder auf freiwillige Selbstverpflichtungen noch auf die alleinige Macht der Konsumenten, sondern es besteht Bedarf nach neuen gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen, die verpflichtend für alle sind und zugleich dem Individuum verantwortliches Alltagshandeln, etwa bei Klima und fairen Produkten, erleichtert. Bedarf besteht an politischen Konflikten in großen Fragen. Bedarf besteht an politischen Entwürfen, die mehr sind als eine Addition kleiner Schritte und weniger als die Systemfrage. Oder um es mit dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) zu sagen: eine offensive Gestaltung der »Großen Transformation zur Nachhaltigkeit«.



## Das Wahlergebnis

Der Rückhalt der Parteien in der Wahlbevölkerung misst sich an ihrem Anteil an den gültigen Stimmen und an ihrer Fähigkeit, Wählerstimmen für sich zu mobilisieren. Da die gleiche absolute Zahl gültiger Stimmen bei einer unterschiedlichen Wahlbeteiligung zu unterschiedlichen Stimmenanteilen führen kann, ist es möglich, dass eine gleichbleibende Verankerung unter den Wahlberechtigten als Gewinn erscheint, obwohl sich darin lediglich die Schwäche anderer Parteien spiegelt. Ein solches verzerrtes Bild kann korrigiert werden, wenn die absolute Stimmenzahl ins Verhältnis zu den Wahlberechtigten gesetzt wird. So ist auch ein Vergleich der Ergebnisse von unterschiedlichen Wahlen eher möglich. Daher werden im Folgenden die Wahlergebnisse auch im Verhältnis zu allen Wahlberechtigten ausgedrückt.

### Bund

Wahl zum Europäischen Parlament 2019 - Deutschland						
vorl. Wahlergebnis im Vergleich zur Vorwahl						
	2014			2019 (vorl.)		
	Anzahl	% Stimmen	% Wahlberechtigte	Anzahl	% Stimmen	% Wahlberechtigte
Wahlberechtigte	61.998.824		100%	61.574.137		100%
Wähler	29.843.798	48,1%	48,1%	37.811.971	61,4%	61,4%
Ungültige	488.706		0,8%	422.740		0,7%
Gültige	29.355.092	100,0%	47,3%	37.389.231	100,0%	60,7%
CDU	8.812.653	30,0%	14,2%	8.437.093	22,6%	13,7%
SPD	8.003.628	27,3%	12,9%	5.914.953	15,8%	9,6%
GRÜNE	3.139.274	10,7%	5,1%	7.675.584	20,5%	12,5%
FDP	986.841	3,4%	1,6%	2.028.353	5,4%	3,3%
DIE LINKE	2.168.455	7,4%	3,5%	2.056.010	5,5%	3,3%
CSU	1.567.448	5,3%	2,5%	2.354.817	6,3%	3,8%
AfD	2.070.014	7,1%	3,3%	4.103.453	11,0%	6,7%
FREIE WÄHLER	428.800	1,5%	0,7%	806.950	2,2%	1,3%
Tierschutzpartei	366.598	1,2%	0,6%	541.984	1,4%	0,9%
FAMILIE	202.803	0,7%	0,3%	273.755	0,7%	0,4%
PIRATEN	425.044	1,4%	0,7%	243.363	0,7%	0,4%
ÖDP	185.244	0,6%	0,3%	370.006	1,0%	0,6%
NPD	301.139	1,0%	0,5%	101.323	0,3%	0,2%
Die PARTEI	184.709	0,6%	0,3%	898.386	2,4%	1,5%
Volt				248.824	0,7%	0,4%
					0,0%	0,0%
Übrige	512.442	1,7%	0,8%	1.334.377	3,6%	2,2%

Im Vergleich der absoluten Stimmen bezogen auf alle Wahlberechtigten erscheinen die Verluste der CDU eher gering, diejenigen der SPD durchaus erheblich und die Gewinne der Grünen dramatisch: Ihr Anteil stieg um 7,4%, um mehr als das Doppelte des Anteils von 2014. Der massive Umbruch wird vor allem im Langzeitvergleich deutlich der Ergebnisse seit 1979 deutlich

Wahlen zum Europäischen Parlament 1979-2019, Deutschland									
Bundestagsparteien, Stimmen in v.H. der Wahlberechtigten									
	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2014	2019
CDU	25,5%	20,9%	18,2%	18,8%	17,5%	15,3%	13,0%	14,2%	13,7%
SPD	26,6%	20,9%	23,0%	18,8%	13,7%	9,0%	8,8%	12,9%	9,6%
GRÜNE	2,1%	4,6%	5,2%	5,9%	2,9%	5,0%	5,1%	5,1%	12,5%
FDP	3,9%	2,7%	3,4%	2,4%	1,3%	2,5%	4,6%	1,6%	3,3%
DIE LINKE				2,8%	2,6%	2,6%	3,2%	3,5%	3,3%
CSU	6,6%	4,7%	5,1%	4,0%	4,2%	3,3%	3,0%	2,5%	3,8%
AfD								3,3%	6,7%
Andere	0,5%	2,1%	6,7%	6,0%	2,4%	4,1%	4,6%	4,2%	7,4%

## Länder

Die Union verlor gegenüber der Vorwahl 6,4%punkte. Durch den leichten Anstieg in Bayern werden die Verluste der Union relativiert. Unterdurchschnittlich waren die Verluste nur in Berlin, Hessen und dem Saarland.

Die SPD verlor über 11 Prozentpunkte und überdurchschnittlich in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. In diesen Ländern gewannen die Grünen überdurchschnittlich hinzu.

Die Linke verlor in allen Bundesländern und massiv in den ostdeutschen Ländern, bis zu 8,7 Punkte in Thüringen.

Stimmenanteile in den Bundesländern (vorläufiges Endergebnis)							
	CDU / CSU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere
Baden-Württemberg	30,8%	13,3%	23,3%	6,8%	3,1%	10,0%	12,7%
Bayern	40,7%	9,3%	19,1%	3,4%	2,4%	8,5%	16,7%
Berlin	15,2%	14,0%	27,8%	4,7%	11,9%	9,9%	16,3%
Brandenburg	18,0%	17,2%	12,3%	4,4%	12,3%	19,9%	15,8%
Bremen	21,9%	24,5%	22,7%	4,7%	7,9%	7,7%	10,7%
Hamburg	17,7%	19,8%	31,2%	5,6%	7,0%	6,5%	12,4%
Hessen	25,8%	18,4%	23,4%	6,4%	4,4%	9,9%	11,7%
Mecklenburg-Vorpommern	24,5%	15,6%	10,8%	3,9%	13,9%	17,7%	13,6%
Niedersachsen	29,9%	20,9%	22,6%	5,0%	3,8%	7,9%	9,8%
Nordrhein-Westfalen	27,9%	19,2%	23,2%	6,7%	4,2%	8,5%	10,3%
Rheinland-Pfalz	31,3%	21,3%	16,7%	5,8%	3,1%	9,8%	11,9%
Saarland	32,5%	23,1%	13,2%	3,7%	6,0%	9,6%	12,0%
Sachsen	23,0%	8,6%	10,3%	4,7%	11,7%	25,3%	16,4%
Sachsen-Anhalt	23,2%	12,5%	9,2%	4,9%	14,4%	20,4%	15,5%
Schleswig-Holstein	26,2%	17,1%	29,1%	5,9%	3,7%	7,4%	10,4%
Thüringen	24,7%	11,0%	8,6%	4,4%	13,8%	22,5%	15,0%
Deutschland	28,9%	15,8%	20,5%	5,4%	5,5%	11,0%	12,9%

Da sich die deutsche Parteienlandschaft seit der Wahl 2014 erheblich verändert hat, ist ein Vergleich des aktuellen Ergebnisses mit der Bundestagswahl 2017 aussagekräftiger. Hierbei wird auch die Bedeutung der kleinen Parteien deutlich, die eine viel größere Rolle als bei der Bundestagswahl spielen.

## Veränderungen EPW19 gegenüber BTW17

Veränderungen Anteile gültige Stimmen EPW2019 gegenüber BTW2017							
	CDU / CSU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere
Baden-Württemberg	-3,6%	-3,1%	9,8%	-5,9%	-3,2%	-2,2%	8,2%
Bayern	1,9%	-6,0%	9,3%	-6,8%	-3,7%	-3,9%	9,2%
Berlin	-7,5%	-3,8%	15,2%	-4,2%	-6,9%	-2,1%	9,3%
Brandenburg	-8,7%	-0,3%	7,3%	-2,7%	-4,8%	-0,3%	9,5%
Bremen	-3,2%	-2,3%	11,6%	-4,7%	-5,6%	-2,3%	6,4%
Hamburg	-9,6%	-3,7%	17,2%	-5,2%	-5,2%	-1,3%	7,8%
Hessen	-5,1%	-5,2%	13,8%	-5,1%	-3,7%	-2,0%	7,3%
Mecklenburg-Vorpommern	-8,6%	0,5%	6,5%	-2,4%	-3,9%	-0,9%	8,7%
Niedersachsen	-5,0%	-6,5%	13,9%	-4,3%	-3,2%	-1,1%	6,3%
Nordrhein-Westfalen	-4,7%	-6,8%	15,6%	-6,4%	-3,3%	-0,9%	6,5%
Rheinland-Pfalz	-4,6%	-2,9%	9,1%	-4,5%	-3,8%	-1,4%	8,0%
Saarland	0,1%	-4,1%	7,2%	-3,9%	-6,9%	-0,4%	8,1%
Sachsen	-3,8%	-1,9%	5,7%	-3,5%	-4,4%	-1,7%	9,7%
Sachsen-Anhalt	-7,1%	-2,6%	5,4%	-2,9%	-3,4%	0,7%	9,8%
Schleswig-Holstein	-7,7%	-6,2%	17,1%	-6,7%	-3,5%	-0,7%	7,8%
Thüringen	-4,0%	-2,2%	4,5%	-3,5%	-3,1%	-0,2%	8,5%
Deutschland	-4,1%	-4,7%	11,6%	-5,3%	-3,7%	-1,7%	7,9%

Vergleicht man die Veränderungen der Zahl der absoluten Stimmen als Anteile an allen Wahlberechtigten zeigt sich, dass allein die Grünen in allen Bundesländern mehr Bürger und Bürgerinnen für sich gewinnen konnten als bei der Bundestagswahl. Die CSU erhöhte zwar ihren Anteil an den gültigen Stimmen, nicht aber den Anteil der Stimmen gemessen an den Wahlberechtigten. Anders als bei der Wahl 2014 gegenüber der vorherigen Bundestagswahl konnte die AfD in keinem Bundesland ihr Mobilisierungskraft ausbauen, ihr Stimmenanteil gemessen an allen Wahlberechtigten sank bundesweit um 2,9%.

Veränderungen Stimmen/Wahlberechtigte 2019-2017								
	Wahlbeteiligung	CDU / CSU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere
Baden-Württemberg	-14,3%	-7,3%	-4,3%	4,2%	-5,6%	-3,0%	-3,2%	4,5%
Bayern	-17,3%	-5,4%	-6,2%	4,0%	-5,8%	-3,3%	-4,5%	4,3%
Berlin	-15,0%	-7,8%	-4,9%	7,3%	-3,8%	-6,9%	-3,0%	4,5%
Brandenburg	-14,2%	-8,9%	-2,7%	3,5%	-2,6%	-5,3%	-3,0%	4,7%
Bremen	-8,1%	-4,0%	-3,6%	6,3%	-3,7%	-4,5%	-2,2%	3,6%
Hamburg	-14,3%	-9,8%	-5,7%	8,5%	-4,7%	-4,9%	-2,0%	4,1%
Hessen	-18,5%	-8,5%	-7,2%	6,2%	-5,0%	-3,6%	-3,3%	3,4%
Mecklenburg-Vorpommern	-12,4%	-9,1%	-1,6%	3,2%	-2,1%	-4,5%	-2,9%	4,4%
Niedersachsen	-14,9%	-8,2%	-8,0%	7,2%	-4,0%	-3,0%	-2,0%	3,3%
Nordrhein-Westfalen	-14,1%	-7,4%	-7,7%	8,4%	-5,7%	-3,0%	-1,9%	3,4%
Rheinland-Pfalz	-12,8%	-7,6%	-4,9%	4,8%	-4,2%	-3,3%	-2,3%	4,6%
Saarland	-10,2%	-3,3%	-5,4%	4,0%	-3,3%	-5,8%	-1,3%	4,8%
Sachsen	-11,7%	-5,6%	-2,5%	3,0%	-3,2%	-4,7%	-4,3%	5,2%
Sachsen-Anhalt	-13,4%	-7,9%	-3,5%	2,4%	-2,6%	-4,2%	-2,3%	4,5%
Schleswig-Holstein	-16,5%	-10,1%	-7,5%	8,2%	-6,1%	-3,3%	-1,8%	4,2%
Thüringen	-12,7%	-6,1%	-3,0%	2,2%	-3,1%	-4,0%	-3,0%	4,3%
Deutschland	-14,7%	-7,3%	-5,9%	5,7%	-4,8%	-3,6%	-2,9%	4,1%

## Einzelne Parteien

### AfD

Bereits bei den Landtagswahlen 2018 deutete sich an, dass die AfD ihr Wählerpotential ausgeschöpft haben könnte. Gegenüber der Bundestagswahl konnte sie keine Stimmen in Bayern oder Niedersachsen mehr hinzugewinnen. Die aktuellen Wahlergebnisse bestätigen dies. In allen Ländern bleiben die Ergebnisse der AfD hinter der Mobilisierung bei der Bundestagswahl deutlich zurück. Von der gestiegenen Wahlbeteiligung hat die AfD nicht profitiert.

Wahlergebnisse der AfD in den Bundesländern 2013-2019							
(Zweit-)Stimmen in v.H. Wahlberechtigte							
	BTW13	EPW14	LTW14-15	LTW16-17	BTW17	LTW	EPW19
Baden-Württemberg	3,8%	4,0%		10,5%	9,4%		6,3%
Bayern	3,0%	3,3%			9,6%	7,3%	5,2%
Berlin	3,5%	3,6%		9,3%	9,0%		5,9%
Brandenburg	4,0%	3,9%	5,7%		14,7%		11,6%
Bremen	2,5%	2,3%			7,0%		4,8%
Hamburg	2,9%	2,6%			5,9%		3,9%
Hessen	4,0%	3,8%			9,0%	8,7%	5,7%
Mecklenburg-Vorpommern	3,5%	3,2%		12,6%	13,0%		10,1%
Niedersachsen	2,7%	2,6%			6,9%	3,9%	4,9%
Nordrhein-Westfalen	2,8%	2,8%		4,7%	7,0%		5,2%
Rheinland-Pfalz	3,4%	3,7%		8,7%	8,6%		6,3%
Saarland	3,7%	3,6%		4,2%	7,6%		6,3%
Sachsen	4,6%	4,8%	4,7%		20,1%		15,8%
Sachsen-Anhalt	2,6%	2,6%		13,7%	13,2%		10,9%
Schleswig-Holstein	3,3%	2,9%		3,7%	6,2%		4,4%
Thüringen	4,1%	3,7%	5,5%		16,7%		13,6%
Bund	3,3%	3,3%			9,5%		6,7%

Bürgerschaftswahlen in Bremen und Hamburg aufgrund des Mehrstimmen-Wahlrechts nicht vergleichbar.

## Soziodemographische Merkmale der Wahlentscheidung

Die Erkenntnisse der Umfrageinstitute über die soziodemographischen Merkmale der Wahlentscheidung wie auch im nächsten Abschnitt über Motive, Einstellungen und Ansichten über Parteien beruhen auf Befragungen von Wählerinnen und Wähler nach Verlassen der Wahllokale. Ihre Güte beruht auf drei grundsätzlichen Annahmen, von denen die ersten beiden für jede empirische Erhebung gelten: die Befragten geben wahrheitsgemäß Auskunft und ihre Zusammensetzung ist repräsentativ für alle Wählerinnen und Wähler. Eine dritte Annahme lautet: Urnenwähler und Briefwähler unterscheiden sich weder in ihrer sozialen Zusammensetzung noch in ihren politischen Einstellungen und Wahlmotiven. Diese Annahme wird mit der wachsenden Bedeutung der mittlerweile sachgrundlos möglichen Briefwahl - Anteil der Briefwählerinnen bei EP-Wahl 2014: 25,3%, bei der Bundestagswahl 2017: 28,6% - immer wackliger. So verfügte, wer seine Stimme drei Wochen vor dem Wahltag eintütete, z.B. nicht über Informationen, die die letzte Woche des Wahlkampfes bestimmten: das Ibiza-Video und das Rezo-Statement. (Bezieht man indes Ergebnisse von Vorwahlbefragungen mit ein, handelt man sich ein anderes Problem ein, da unterstellt wird, dass die Wahlentscheidung tatsächlich vorher bekundeten Wahlabsichten oder -stimmungen entsprochen hat.)

Die Befragungen zu den soziodemographischen Merkmalen der Wahlentscheidungen bestätigen Entwicklungen, die bereits aus den Vorwahlen bekannt waren. So gewann die AfD im Vergleich zu 2014 bei Personen, die sich als »Arbeiter« einordnen, besonders stark hinzu, ebenso bei Personen mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen, während die Grünen hier genau das gegenteilige Profil aufweisen.

Wer wählte was?						
	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	AfD	FDP
<b>Gesamt</b>	28,2%	15,5%	20,8%	5,5%	10,9%	5,5%
Frauen	28%	16%	24%	5%	7%	5%
Männer	27%	14%	18%	6%	13%	6%
<b>Alter</b>						
unter 30	13%	9%	29%	7%	7%	8%
30 - 44	22%	12%	23%	6%	12%	6%
45 - 59	26%	14%	24%	5%	12%	6%
über 60	39%	22%	13%	5%	9%	4%
<b>Beruf/sozialer Status</b>						
Arbeiter	27%	17%	13%	6%	17%	4%
Angestellte	26%	16%	23%	5%	9%	6%
Beamte	32%	17%	26%	4%	6%	5%
Selbstständige	33%	8%	23%	5%	9%	9%
<b>Bildung</b>						
Hauptschulabschluss	39%	22%	9%	4%	12%	4%
mittlere Reife	27%	15%	16%	6%	14%	6%
Abitur	21%	12%	28%	6%	8%	7%
Hochschulabschluss	22%	14%	31%	6%	5%	7%
ZDF/Forschungsgruppe Wahlen; Stand Hochrechnung 20:02						

Wahlentscheidung nach Tätigkeit						
	Union	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
HR 21:53	28,8%	15,5%	20,6%	5,4%	5,4%	10,8%
Arbeiter	24%	14%	14%	6%	4%	23%
Angestellte	24%	13%	26%	6%	6%	9%
Selbständige	25%	8%	25%	3%	12%	12%
Rentner	41%	22%	11%	5%	5%	10%
Arbeitslose	17%	14%	17%	13%	3%	21%
Veränderungen gegenüber 2014						
	-6,5%	-11,8%	9,9%	-2,0%	2,0%	3,7%
Arbeiter	-8%	-12%	7%	-4%	2%	13%
Angestellte	-9%	-12%	12%	-1%	3%	1%
Selbständige	-13%	-9%	10%	-4%	3%	4%
Rentner	0%	-13%	6%	-2%	2%	4%
Arbeitslose	-7%	-14%	6%	-3%	1%	16%

Infratest dimap für ARD, Stand 22:00

Eine besondere Qualität haben die Veränderungen in den Wahlentscheidungen in den Altersgruppen:

		Wahlentscheidung nach Altersgruppen					
		Union	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
HR 19:59		28,8%	15,5%	20,6%	5,4%	5,4%	10,8%
18 - 24		13%	11%	33%	4%	8%	7%
25 - 34		21%	13%	22%	5%	5%	9%
35 - 44		25%	16%	19%	4%	6%	13%
45 - 59		27%	19%	19%	4%	6%	12%
60 - 69		33%	27%	15%	3%	5%	10%
70 u. älter		48%	26%	9%	1%	3%	8%
		Veränderungen gegenüber 2014					
		-6,5%	-11,8%	9,9%	-2,0%	3,7%	2,0%
18 - 24		-15%	-13%	19%	-1%	6%	-2%
25 - 34		-10%	-9%	9%	1%	1%	1%
35 - 44		-10%	-10%	7%	0%	2%	4%
45 - 59		-9%	-13%	9%	0%	3%	6%
60 - 69		-6%	-11%	11%	0%	0%	4%
70 u. älter		-5%	-8%	8%	-1%	-1%	5%

Wahlentscheidung der unter 30jährigen	
CDU/CSU	13%
SPD	10%
Grüne	33%
Linke	7%
AfD	6%
FDP	8%
Die Partei	8%
Tierschutzpartei	4%
Freie Wähler	2%
andere	9%

ZDF/Forschungsgruppe Wahlen; Stand Hochrechnung 20:02  
Infratest dimap für ARD, Stand 21:30

Bei den unter 30jährigen erhalten die Grünen ein Drittel der Stimmen, während SPD und CDU nicht einmal mehr ein Viertel auf sich zusammen vereinigen können. Die SPD erhält kaum mehr Zustimmung als andere kleine Parteien, die in dieser Altersgruppe besonders stark sind. Auch bei den unter 45jährigen sind die Grünen noch stärkste Partei (zusammen mit der Union), ebenso in der folgenden Altersgruppe (aber beachte die Differenzen zwischen FGW und Infratest zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung!). Die Umwälzungen im Parteiensystem haben alle Altersgruppen bis zu den 60jährigen erfasst. Überall sind die Grünen stärker als die SPD.

# Einstellungen, Stimmungen und Parteiaffinitäten

## Einstellungen zu »Europa« bzw. zur »Europäischen Union«

### Vorwahlbefragungen

Die spontanen Einstellungen gegenüber der Europäischen Union unterscheiden sich in den Mitgliedstaaten recht deutlich.<sup>1</sup> Gefragt, welches »erste« Gefühl sie beim Gedanken an die EU haben, antworteten Anfang April 2019 in der EU27 (ohne Großbritannien) 28% mit »Hoffnung«, 5% mit »Angst«, 27% mit »Vertrauen« und 33% mit »Unsicherheit«. Die negativen Gefühle »Angst« und »Unsicherheit« überwogen in Tschechien (55%), Griechenland (51%) und Zypern (47%). Die positiven Gefühle »Hoffnung« und »Vertrauen« waren in Frankreich, den Niederlanden und in Portugal annähernd gleich stark vertreten wie die negativen. Die positiven Gefühle erreichten in Irland mit 72% (Vertrauen: 51%) und in Rumänien mit 70% (Hoffnung: 40%) Spitzenwerte. Deutschland zählte zu den acht Ländern, in denen das Gefühl »Vertrauen« mit 34% eine relative Mehrheit erreichte, gefolgt von »Unsicherheit« mit 30% und »Hoffnung« mit 28%. »Angst« als erstes Gefühl zu verspüren bekundeten 5%.

In den vierteljährlichen Befragungen des Eurobarometer<sup>2</sup> hat die Zustimmung zu der Aussage »Meine Stimme zählt in Europa« in der EU seit Herbst 2016 von 37% auf 51% im Frühjahr 2019 zugenommen. (Ein Tiefstand seit 2007 war im Herbst 2011 mit 26% erreicht.) Die Ergebnisse in Deutschland lagen immer über dem EU-Durchschnitt und stiegen von 53% in September 2015 auf 70% seit Herbst 2017. Die Entwicklung ist in allen Altersgruppen parallel, unterliegt bei den 15-24jährigen jedoch größeren Schwankungen und sank zuletzt von 73% im Frühjahr 2018 auf 63% im Frühjahr 2019. Am stärksten ist die Zustimmung zu der Aussage regelmäßig bei den über 55jährigen Befragten. Unklar bleibt, ob die Antworten den vermuteten Einfluss als Individuum oder als Angehöriger des deutschen Staates, also den wahrgenommenen Einfluss Deutschlands, abbilden.

Auf die Frage, ob die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU eine »gute Sache« sei, stimmten in Deutschland 76% der Befragten zu (EU-Durchschnitt: 61%). Dieser Wert lag im Herbst 2018 mit 81% leicht höher, aber seit Sommer 2012 stabil bei 70% und höher. Hier sind die Jüngeren leicht positiver (81%), während die Zustimmung in der Altersgruppe der 25-39jährigen von Herbst 2018 bis Frühjahr 2019 von 81% auf 69% überdurchschnittlich sank. Das gleiche Bild ergeben die Antworten auf die Frage, ob Deutschland alles in allem eher Vorteile von der EU habe (zuletzt 76%, starker Rückgang bei den 25-39jährigen). Eine stärkere Rolle des EU-Parlaments wünschten sich seit 2016 immer mehr deutsche Befragte, zuletzt 52%, aber immer etwas weniger als im EU-Durchschnitt. Auch hier sind die 25-39jährigen seit einem Jahr skeptischer geworden.

Erhebungen, deren Fragestellung keine Entscheidung zwischen gut oder schlecht verlangt, sondern auch ein weder/noch zulässt, führen zu einem etwas differenzierten Bild: 56% der Befragten einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung<sup>3</sup> hielten im Januar 2019 die EU-Mitgliedschaft Deutschlands für eine »gute Sache«, 14% für eine »schlechte Sache« und 30% urteilten »weder/noch«. Aber nur 37% sehen »Vorteile« durch »die EU-Mitgliedschaft für

<sup>1</sup> Flash Eurobarometer. Emotions and political engagement towards the EU, 25. April 2019, Erhebungszeitraum 2.-9.4.2019; 25.564 befragte Personen

<sup>2</sup> European Parliament: Socio-demographic trendlines - EP Eurobarometer (2007-2019): Germany; März 2019 (EP91.1)

<sup>3</sup> Richard Hilmer/policy matters: Deutschland vor der Europawahl. Präsentation am 12.2.2019. 2.680 Befragte eines Online-Panels, 68% Ausschöpfung, Befragung 7.-16.1.2019. Ausführlicher zu dieser Studie hier: <http://www.horstkahrs.de/2019/02/18/deutschland-vor-der-europa-wahl/>

Deutschland«, für 24% überwiegen Nachteile und die relative Mehrheit von 39% sieht weder Vor- noch Nachteile. Diese Gruppe der Unentschiedenen ist in den Altersgruppen zwischen 40 und 70 Jahren, unter Frauen (48%) und Befragten mit höchstem Schulabschluss Realschule (43%) die stärkste Gruppe. Die Vorteile überwiegen bei den 18-29jährigen (54%), den über 70jährigen (45%), unter Männern (47%), Befragten mit Abitur (48%) und Hochschulabschluss (57%). Bei den 40-59jährigen überwiegen die Nachteile (30-32%) die Vorteile, ebenso unter Hauptschülern. Bemerkenswert ist indes die Kluft zwischen der emotionalen Zustimmung (»gute Sache«) und der rationaleren Abwägung (»Vorteile«). Eine »Sache« ist nicht zwingend nur dann »gut«, wenn sie Vorteile hat. Diese Differenz - annähernd 20%punkte - beschreibt, zusammen mit den Unentschiedenen, ein Potenzial, womöglich ein Repräsentationsdefizit.

Anfang April antworten auf die Frage »Würden Sie sagen, dass Sie durch die EU-Mitgliedschaft Deutschlands eher Vorteile für ihre persönlichen Lebensumstände und ihre wirtschaftliche Situation haben oder eher Nachteile?« 19%, sie hätten eher Nachteile, bei 10% hielten sich Vor- und Nachteile die Waage und 67% sahen eher persönliche Vorteile.

Deutschland in der EU - eher persönliche Vorteile oder Nachteile			
	eher Vorteile	halten sich Waage	eher Nachteile
Gesamt	67%	10%	19%
West	69%	11%	17%
Ost	60%	4%	27%
Altersgruppe			
18-34 Jahre	82%	7%	7%
35-49 Jahre	67%	11%	19%
50-64 Jahre	59%	9%	26%
65 und älter	62%	12%	22%
Geschlecht			
Männer	67%	9%	20%
Frauen	67%	11%	17%
Schulabschluss			
niedrig	53%	16%	26%
mittel	64%	9%	23%
hoch	85%	3%	8%
monatliches Haushaltsnetto			
unter 1500	51%	12%	28%
1500-3000	66%	11%	19%
3000 u.m.	75%	7%	17%

Infratest dimap für HR, Anfang April 2019

67% fanden, konfrontiert mit der Rolle Deutschlands als Nettozahler der EU (11 Milliarden in 2017), dass »uns Europa das wert sein sollte«, 30% wollten den Beitrag reduzieren. 78% waren mit der gemeinsamen Währung eher oder sehr zufrieden, 21% unzufrieden. 37% der Befragten fanden, dass sich die anderen EU-Mitglieder in Bezug auf die Wirtschafts- und Sozialsysteme Deutschland zum Vorbild nehmen sollten. 55% meinten, jedes Land müsse seinen eigenen Weg gehen. Gleichfalls 64% waren der Auffassung, dass sich jedes EU-Land seinen Wohlstand selbst erarbeiten müsse, auch wenn das wirtschaftliche Gefälle in der EU länger erhalten bliebe. Die europäische Solidarität, wie sie in Deutschland mehrheitlich verstanden wird, hat die Form einer Leistungs-Solidarität.<sup>4</sup>

Soziodemographische Merkmale spielen bei den Einstellungen zur EU nur eine untergeordnete Rolle, sie sind oft kaum, und wenn dann eher flach ausgeprägt. Unterschiede von weniger als 5%punkten sind wenig aussagekräftig. Als »flach« werden hier Unterschiede von bis zu rund 10%punkten betrachtet. In keinem Fall sind die Unterschiede für bestimmte Kategorien, etwa Bildung oder Einkommen, so stark, dass daraus geschlossen werden dürfte, dass die Merkmalsgruppe X typisch einer bestimmten Haltung zu neige und die Merkmalsgruppe Y einer anderen.

Eine stärkere politische Teilung, gar Spaltung oder Polarisierung der deutschen Gesellschaft entlang sozialer Merkmale lässt sich auf der Basis der verfügbaren Umfragedaten hinsichtlich europäischer Themen nicht feststellen, allenfalls Tendenzen. Generell sind die persönlichen Erfahrungen mit EU und Euro bei den Jüngeren stärker ausgeprägt, bei den mittleren Jahrgängen (zweite Phase des Erwerbslebens) schwächer. In diesen Altersgruppen ist auch die Zustimmung für die Reduzierung des deutschen EU-Beitrages leicht erhöht. Der

<sup>4</sup> Meinungen zum Thema Deutschland und Europa. Studie im Auftrag des HR für die ARD-Dokumentation »Der Europa-Report«; infratest-dimap, 1.002 Befragte, Erhebung 2.-4. April 2019, Telefoninterviews.



Bildungsabschluss spielt vor allem in der Frage eines Solidarausgleichs zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa eine Rolle, nicht aber das Haushaltsnettoeinkommen.

Thema	Deutschlands Beitrag zum EU-Haushalt		Gemeinsame Währung		Vorbild Deutschlands Wirtschaft-/Sozialsystem		Abgeben für Angleichung Lebensverhältnisse	
	beibehalten	reduzieren	(eher) zufrieden	(eher) unzufrieden	ja	jedes Land eigenen Weg	vom Wohlstand abgeben	jedes Land selbst erarbeiten
Gesamt	67%	30%	78%	21%	37%	55%	32%	64%
West	68%	29%	79%	21%	38%	55%	32%	63%
Ost	64%	33%	76%	20%	31%	56%	29%	67%
<b>Altersgruppe</b>								
18-34 Jahre	74%	23%	84%	15%	43%	47%	36%	49%
35-49 Jahre	61%	35%	79%	20%	31%	59%	30%	67%
50-64 Jahre	65%	32%	74%	24%	33%	61%	29%	67%
65 und älter	68%	29%	78%	21%	40%	52%	31%	63%
<b>Geschlecht</b>								
Männer	68%	38%	75%	22%	38%	52%	37%	59%
Frauen	66%	31%	81%	19%	36%	57%	27%	68%
<b>Schulabschluss</b>								
niedrig	59%	37%	75%	24%	38%	60%	25%	71%
mittel	61%	36%	75%	24%	38%	53%	27%	68%
hoch	81%	16%	86%	14%	32%	56%	52%	52%
<b>monatliches Haushaltsnetto</b>								
unter 1500	61%	36%	67%	31%	39%	51%	64%	64%
1500-3000	65%	33%	82%	16%	37%	56%	60%	60%
3000 u.m.	70%	27%	82%	18%	36%	56%	65%	65%

Infratest dimap für HR, Anfang April 2019

Für eine politische Vertiefung der EU gibt es in Deutschland eine breitere Zustimmung. »Voll und ganz« oder »eher« stimmen einer Verstärkung der politischen Zusammenarbeit 83% der Befragten zu, dem Aufbau eines »Kerneuropas für Mitgliedstaaten« 72% und einer »europäischen Regierung« noch 53%. Eine Erweiterung der EU wird mehrheitlich abgelehnt.<sup>5</sup>

»Mehr Europa« nannten Robert Vehrkamp von der Bertelsmann-Stiftung und Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin in einer gemeinsam durchgeführten Erhebung zu »populistischen Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018«<sup>6</sup>, auch im Rückblick auf die Bundestagswahl 2017, eine »verpasste Mobilisierungschance«: *»Kein anderes Thema hat derzeit ein ähnlich hohes positives Mobilisierungspotenzial wie die Forderung nach einer stärkeren Zusammenarbeit in der Europäischen Union (EU) (...) Am stärksten wäre der Zustimmungsgewinn im Wählerlager der CDU/CSU, dicht gefolgt von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Auch die Linkspartei und die FDP könnten von einer »mehr Europa«-Programmatik profitieren (...) Das Gesamtbild zeigt: »Mehr Europa« ist eine starke und positive Mobilisierungsstrategie, vor allem im Lager der unpopulistischen Wähler, ohne dabei eine negative Gegenmobilisierung aus dem populistischen Lager fürchten zu müssen.«<sup>7</sup>*

Tatsächlich haben verschiedene Parteien dieses Potenzial im aktuellen Wahlkampf zu heben versucht, in dem sie eine »anti-populistische« Gegenmobilisierung »für unser Europa« gegen

<sup>5</sup> Hilmer/policy matters.

<sup>6</sup> Robert Vehrkamp/Wolfgang Merkel: Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018. Gütersloh Oktober 2018. Befragte: 3.427; Erhebungszeitraum; Mai/Juni 2018. Mit der Methode des »Populismusbarometer« werden populistische Einstellungen bei Teilen der Anhänger aller Parteien gefunden. Sie soll hier nicht kritisch gewürdigt werden.

<sup>7</sup> Ebd., S. 15. Als zweite, neue Mobilisierungschance wurde »mehr sozialer Wohnungsbau« ausgemacht.

die »Populisten von rechts und links« und die Wahlentscheidung zu einem Bekenntnis zu machen versuchten. Allerdings wurde die Mobilisierungschance nur halbherzig ergriffen, so lange sie nur die Achse mehr oder weniger Europa thematisierte, ohne das „Mehr“ mit Inhalt zu füllen: *»In sozialpolitischen Fragen stehen damit - exemplarisch für fast alle untersuchten Politikbereiche - nicht »Etablierte« gegen »Populisten«, sondern »Rechts« gegen »Links«. Das zeigt sich am deutlichsten bei den Anhängern linkspopulistischer und linksextremer Parteien: Trotz ihrer generellen EU-Skepsis wünschen sie sich mehrheitlich (56 Prozent) mehr und nicht weniger EU-Ausgaben für Soziales. (...) Von den Anhängern keiner europäischen Parteigruppierung werden die derzeitigen EU-Sozialausgaben grundsätzlich in Frage gestellt.«<sup>8</sup>*

## Nachwahlbefragungen am Wahlabend

Die am Wahlabend veröffentlichten Ergebnisse der Wahltagsbefragungen bestätigen im Kern der referierten Ergebnisse seit Herbst 2018. Im Gegensatz zur Wahl 2014, als für 54% der Befragten die Politik in Deutschland für die Wahlentscheidung wichtiger war, bekundeten 2019 nun 56%, dass die Politik in Europa wichtiger gewesen sei [Forschungsgruppe Wahlen FGW/ZDF].

Gleichzeitig wünschen sich 65% einen »engeren Zusammenschluss der Mitglieder«, 12% wollen keine Änderung und 21% »mehr Eigenständigkeit der Einzelstaaten«. Die Bundesregierung setze sich »für ein starkes Europa« gerade richtig ein, meinten 40%, dagegen sagten 42% »zu wenig« und nur 13% »zu viel« [ZDF]. Ähnliche Ergebnisse förderte Infratest dimap zutage: 81% (2014: 70%) wollten, dass »die EU-Länder mehr gemeinsame Politik machen« und 15% (2014: 26%), dass die Länder »wieder stärker allein handeln«. Auch wird weit überwiegend (85%) gewünscht, dass die EU »außenpolitisch stärker in Erscheinung« tritt. Und statt 62% in 2014 sagten nur noch 46%: »Die EU mischt sich in zu viele Dinge ein.« - immerhin noch eine knappe Hälfte der Befragten. [Infratest dimap für ARD]

Nur 17% der Befragten behaupteten, durch die EU-Mitgliedschaft Deutschlands persönliche Nachteile zu haben, 68% hingegen Vorteile und bei 11% hielten sich Vor- und Nachteile die Waage. Die positiven Urteile über die EU, die Vorteile für das Land sehen, haben gegenüber 2014 zugenommen. »Die EU-Mitgliedschaft sorgt dafür, dass es uns wirtschaftlich gut geht.« - das meinten 78% (2014: 68%). [ARD]

Gut die Hälfte der AfD-Wähler (53%) spricht davon, durch die EU-Mitgliedschaft Deutschlands »persönlich eher Nachteile« zu haben. Unter den Anhängern der anderen Parteien ist es eine (kleine) Minderheit: Linke 13%, SPD-Wähler 9%, Union 8%, FDP 5% und Grüne 2%.

## Themen

### Vorwahlbefragungen

Klimawandel und wachsende (soziale) Unterschiede und Egoismen bestimmten den Sorgenhaushalt der Befragten. Große Sorgen, dass »der Klimawandel unsere Lebensgrundlagen zerstört« machten sich 77% der Befragten und dass »unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet« 75%. [Infratest dimap für ARD]

<sup>8</sup> Kaltwasser/Vehrkamp/Wratil: Europa hat die Wahl. Populistische Einstellungen und Wahlabsichten bei der Europawahl 2019, Gütersloh April 2019, S. 19. Befragte: 23.725 Personen in 12 Mitgliedsstaaten, Erhebungszeitraum: Januar 2019, Institut: YouGov.

Die vier wichtigsten Themen, die die befragten Bürgerinnen und Bürger in der EU als prioritär ansehen<sup>9</sup>, zählten im Herbst 2018: Immigration (50%), Wirtschaft und Wachstum (47%), Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (47%) und Kampf gegen den Terrorismus (44%). Ein halbes Jahr später lautete die Rangfolge: Wirtschaft und Wachstum (50%), Bekämpfung Jugendarbeitslosigkeit (49%), Immigration (44%), Kampf gegen Klimawandel und Schutz der Umwelt (43%). In Deutschland dominierte im Herbst 2018 das Thema Immigration (56%) vor Klimawandel und Umweltschutz (52%), Kampf gegen Terrorismus (45%) und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Sozialer Schutz für EU-Bürger (je 40%). Im Frühjahr 2019 wurde eine veränderte Rangfolge ermittelt: Klimawandel und Umweltschutz (55%), Immigration (48%), sozialer Schutz (42%) und Kampf gegen Terrorismus und gegen Jugendarbeitslosigkeit (je 38%).

Im Vergleich der Ergebnisse vom Herbst 2018 (EB90.1) und Frühjahr 2019 (EB91.1) ergeben sich in Deutschland interessante Unterschiede in den nach Geschlecht und Alter differenzierten Ergebnissen.

EB91.1 - Germany														
»Welches der folgenden Themen sollte als wichtigstes im Wahlkampf für das EP behandelt werden? Und dann?«														
Ergebnisse für März 2019, Differenz zu September 2018; Mehrfachnennungen														
	Gesamt		Männer		Frauen		15-24 Jahre		25-39 Jahre		40-54 Jahre		55 Jahre u.ä.	
	Mär 19	Diff	Mär 19	Diff	Mär 19	Diff	Mär 19	Diff	Mär 19	Diff	Mär 19	Diff	Mär 19	Diff
Migration	48%	-8%	47%	-11%	53%	-1%	50%	-3%	47%	-13%	34%	-20%	52%	-5%
Wirtschaft und Wachstum	34%	2%	33%	-4%	37%	10%	39%	8%	30%	1%	32%	-4%	32%	1%
Sozialer Schutz für EU-Bürger	42%	2%	41%	1%	45%	6%	41%	6%	42%	4%	36%	-2%	43%	0%
Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit	32%	5%	30%	6%	38%	8%	29%	7%	34%	8%	31%	5%	30%	0%
Klimawandel und Umweltschutz	55%	3%	57%	8%	50%	-4%	52%	4%	59%	8%	57%	2%	55%	4%
Menschenrechte und Demokratie	37%	0%	37%	1%	35%	-3%	35%	-4%	39%	-3%	41%	1%	33%	2%
Kampf gegen Terrorismus	38%	-7%	37%	-7%	41%	-5%	34%	-11%	42%	4%	33%	-12%	34%	-14%
Arbeitsweise der EU	32%	-1%	31%	-4%	32%	1%	32%	-9%	31%	-2%	33%	0%	30%	-1%
Jugendarbeitslosigkeit	38%	-2%	38%	-4%	40%	2%	38%	1%	39%	-2%	46%	5%	44%	5%
Sicherheit und Verteidigungspolitik	29%	5%	30%	2%	27%	7%	30%	9%	29%	9%	18%	-8%	25%	0%
Schutz der Außengrenzen	29%	-4%	27%	-12%	35%	7%	34%	6%	24%	-7%	16%	-16%	30%	-7%
Datenschutz	24%	5%	23%	7%	27%	6%	23%	-6%	24%	5%	36%	17%	29%	14%

Bei Männern und Frauen und in drei von vier Altersgruppen sind Klimawandel und Umweltschutz sowie Migration die beiden Themen, die mit je gut 50% für die wichtigsten in der EU gehalten werden. Bei den 40-54jährigen tritt nun die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit an die zweite Stelle und in den beiden oberen Altersgruppen nimmt die Bedeutung des Schutzes der persönlichen Daten stark zu, während dieses Thema bei den Jüngeren an Bedeutung einbüßt. Grundsätzlich zeigt sich eine erstaunliche Themenverschiebung in allen Gruppen: Mehr oder weniger stark sinkt das Gewicht der Themen, die mit Sicherheit und Migration verbunden sind und die Themen die Fragen von Klima, Umwelt, Verbraucherschutz zu tun haben, gewinnen an Bedeutung. Hierbei handelt es sich um eine Verschiebung von Themen, von denen traditionell rechte Parteien profitieren können zu Themen, die eher linken Parteien nutzen können.

In der bereits oben angesprochenen Studie »Europa hat die Wahl« wurde danach gefragt, ob und wie sich der Einfluss der EU in bestimmten Politikbereichen verändern sollte. In

<sup>9</sup> Datenbasis: Eurobarometer 91.1

Deutschland überwogen die Voten für »mehr EU« diejenigen für »weniger EU« auf den Feldern Kürzungen von EU-Geldern für Mitgliedstaaten, die gegen Demokratieprinzipien verstoßen, schärfere Auflagen gegen Massentierhaltung, stärkere militärische Zusammenarbeit und Einfluss auf Asylentscheidungen. Eine knappe Mehrheit gab es für höhere EU-Sozialausgaben. Umgekehrt befürworteten mehr Befragte einen Abbau der EU-Finanzhilfen und der Agrarsubventionen als deren Ausbau:

Einstellungen zu EU-Kompetenzen nach Themenfelder			
Richtung der Veränderung:	weniger	gleich	mehr
EU-Einfluss auf Asylantragsentscheidungen	28%	33%	39%
Europäische Sozialausgaben	23%	51%	26%
EU-Auflagen zur Massentierhaltung	8%	29%	62%
Europäische Finanzhilfen	33%	54%	13%
EU-Zahlungen an »Demokratiesünder«	68%	29%	3%
Europäische Agrarsubventionen	34%	50%	16%
Militärische Zusammenarbeit in der EU	14%	41%	46%

»Europa hat die Wahl«/VouGv für Bertelsmann, Fragezeitraum: Jan. 2019  
 »weniger«: verringern, senken, kürzen, abschaffen; »mehr«: ausbauen, erhöhen

## Wahltagsbefragungen

Als »wichtigste Probleme« der EU - nicht zu verwechseln mit den wahlentscheidenden Themen - hielten 31% der Befragten die »Flüchtlinge/Asyl«, nahezu gleichauf mit »Nationale Interessen / keine gemeinsame Politik« (30%), dann folgte das Thema »Klimaschutz/Umwelt« (23%). 12% nannten die »Populisten/Kritiker« als wichtigstes Problem und 8% den »Brexit« (8%) [ZDF]. Zufrieden mit der Art, wie in der EU Politik gemacht wird, waren 2014% nur 26% der Befragten, 2019 aber 39% [ZDF]. Damit blieben die Unzufriedenen zwar in der Mehrheit (55%), der Anstieg der Zufriedenen kann indes als Votum gegen die rechte Kritik an »Brüssel« verstanden werden.

Für die eigene Wahlentscheidung die größte Rolle spielte bei 48% der Befragten der »Klima- und Umweltschutz« (2014: 20%), dicht gefolgt von »Soziale Sicherheit« mit 43% (-5%). Europa als Friedensprojekt - »Friedenssicherung« - nannten 35% (-7%) und auf dem vierten Platz mit 25% landete »Zuwanderung« (+12%) (Mehrfachnennungen waren möglich.). [Infratest dimap für ARD]

## Parteiaffinitäten

Die unterschiedlichen Haltungen zur EU und Auffassungen zu einzelnen Themen finden sich unter den Anhängerschaften aller Parteien, allerdings in unterschiedlicher Stärke. Es wäre allerdings eine unzutreffende Vereinfachung, wenn eine relative Mehrheit für bestimmte Haltungen zur Charakterisierung aller Anhänger einer Partei verallgemeinert würde.

Deutschland in der EU - eher persönliche Vorteile oder Nachteile			
Anhänger von	eher Vorteile	halten sich Waage	eher Nachteile
DIE LINKE	73%	1%	14%
SPD	79%	11%	10%
GRÜNE	88%	5%	7%
FDP	72%	8%	15%
CDU/CSU	76%	12%	10%
AfD	26%	17%	55%

Infratest dimap für HR, Anfang April 2019

Allerdings gibt es Wahrscheinlichkeiten, die in der Tendenz charakteristisch sein können. Im Vergleich zu den Anhängern aller anderen Parteien finden sich unter den AfD-Anhängern weit mehr Befragte, die Deutschlands EU-Mitgliedschaft mit persönlichen Nachteilen verbinden (55%).<sup>10</sup> Fast gleich viele AfD-Anhänger sind unzufrieden mit der gemeinsamen Währung, hier äußert sich indes auch ein Viertel der Linke-Anhängern eher unzufrieden. Zwei Drittel der AfD-Anhänger wollen den deutschen EU-Beitrag reduzieren und nur ein Sechstel will, dass sich andere Mitgliedstaaten Deutschland zum Vorbild nehmen. Das wollen aber erstaunliche zwei Fünftel der Linke-Anhänger, ebenso viele wie unter den Unions- und SPD-Anhängern. Auf der politischen Links-rechts-Achse in der Tendenz polarisierende Auffassungen gibt es in der Frage, ob Deutschland von seinem Wohlstand etwas abgeben sollte: Hier stimmt eine leichte Mehrheit im rot-rot-grünen Feld zu, während eine deutliche bis sehr deutliche Mehrheit im rechten politischen Feld einen solchen Solidarausgleich ablehnt.

Das wollen aber erstaunliche zwei Fünftel der Linke-Anhänger, ebenso viele wie unter den Unions- und SPD-Anhängern. Auf der politischen Links-rechts-Achse in der Tendenz polarisierende Auffassungen gibt es in der Frage, ob Deutschland von seinem Wohlstand etwas abgeben sollte: Hier stimmt eine leichte Mehrheit im rot-rot-grünen Feld zu, während eine deutliche bis sehr deutliche Mehrheit im rechten politischen Feld einen solchen Solidarausgleich ablehnt.

Thema	Deutschlands Beitrag zum EU-Haushalt		Gemeinsame Währung		Vorbild Deutschlands Wirtschaft-/Sozialsystem		Abgeben für Angleichung Lebensverhältnisse	
	beibehalten	reduzieren	(eher) zufrieden	(eher) unzufrieden	ja	jedes Land eigenen Weg	vom Wohlstand abgeben	jedes Land selbst erarbeiten
Anhänger von								
DIE LINKE	78%	15%	75%	25%	41%	35%	49%	43%
SPD	80%	18%	93%	7%	38%	59%	47%	47%
GRÜNE	92%	7%	97%	2%	33%	58%	54%	42%
FDP	77%	18%	86%	14%	33%	63%	36%	63%
CDU/CSU	67%	31%	84%	16%	41%	49%	24%	73%
AfD	30%	67%	48%	52%	16%	77%	6%	94%

Infratest dimap für HR, Anfang April 2019

### Wahltagsbefragungen

In den Wahltagsbefragungen zeigte sich, dass unter den Wählerinnen aller Bundestagsparteien mit Ausnahme von FDP und AfD 40-50% Klima und Umwelt als wichtig für die Wahlentscheidung nannten, bei den Grünen aber 9 von 10. Soziale Sicherheit spielte eine dominante Rolle bei Wählern von SPD und Linkspartei - und von AfD, dort in Kombination mit Zuwanderung

Wähler der	Wichtig für die Wahlentscheidung war ...					
	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Zuwanderung	16%	13%	13%	11%	34%	39%
Klima & Umwelt	41%	47%	88%	48%	19%	20%
Soziale Sicherheit	39%	60%	39%	69%	26%	45%
Friedenssicherung			31%			16%
Wirtschaftswachstum			9%			12%

Infratest dimap für ARD, Stand 21:30

Vergleicht man diese Angaben mit den zugewiesenen Parteikompetenzen, zeigen sich deutliche Übereinstimmung bei SPD, Grünen und Linken mit dieser Verteilung.

<sup>10</sup> Infratest dimap für HR.

Zugewiesene Parteikompetenzen						
	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Wirtschaft	47%	12%			11%	
Deutsche Interessen in der EU vertreten	47%	17%	8%			6%
EU weiterentwickeln	37%	15%	12%	4%	4%	5%
Flüchtlings- und Einwanderungspolitik	28%	15%	12%	7%	4%	9%
Soziale Gerechtigkeit	21%	29%	8%	15%	4%	6%
Klima- und Umweltpolitik			56%			

Infratest dimap für ARD, Stand 21:30. An 100% fehlend: andere/keine Partei

Bei den Ansichten über die einzelnen Parteien ist bemerkenswert [ARD, 22:00]:

**CDU:** 47% aller Befragten meinen, man wisse nicht, wofür die CDU eigentlich steht, 58% halten CDU und CSU immer noch für zu zerstritten, um gemeinsam Politik zu machen und 39% erfüllt der Gedanke mit Sorge, dass sich Angela Merkel aus der Politik zurückziehen wird. Dass sehen 56% der Unionswähler ebenso und nur 38% (25% aller Befragten) halten Annegret Kramp-Karrenbauer für eine gute Bundeskanzlerin.

**SPD:** Für die SPD gilt in noch stärkerem Maße als für die Union - die Befragten wissen nicht, wofür die Partei »eigentlich steht« (62%). 55% meinen, die SPD habe »ihre sozialdemokratischen Prinzipien aufgegeben« und 56% geben der Partei den Ratschlag, die Große Koalition zu verlassen und sich in der Opposition zu erneuern (was man als Meinungsmacher und Journalist gerne so fragt). Das sehen auch 51% der SPD-Wählerinnen so.

**Grüne:** Die Grünen werden vor allem als Partei wahrgenommen, die für Werte und Haltungen steht. Die Partei verteidigt »Werte, die mir persönlich wichtig sind«, behaupten 57% aller Befragten und 96% der Grünen-Wähler. »Sie kümmern sich am stärksten um Folgen der Politik für kommende Generationen« sagen 56% aller und 90% der Grünen-Wählerinnen. Dass sie sich als einzige Partei konsequent für den Umweltschutz einsetzen, finden 54% aller Befragten und 77% der Grünen-Wähler. Gleichzeitig sagen 57% aller, dass sie sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze kümmern. Bei wieder ansteigender Arbeitslosigkeit könnte hier ein Grund für zurückgehende Zustimmung liegen.

**Die Linke:** Über Die Linke werden zwei Ansichten berichtet: »Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen« behaupten 75% aller Befragten und sogar 92% der Linken-Wählerinnen. 98% der Parteiwähler finden, dass sie sich »am stärksten dafür einsetzt, dass es gerechter zugeht«, was auch 41% aller Befragten so sehen. Zwischen »sich einsetzen« und »Probleme lösen« klafft eine erhebliche Lücke. Nach diesem Befund wäre der typische Wähler der Linkspartei am Benennen der Dinge, nicht aber an der Lösung der Probleme interessiert.

**FDP:** Die Partei wird stark als Klientel- und Wirtschaftspartei wahrgenommen, die auf Innovation statt Regulierung setzt und die wirtschaftsliberalen Prinzipien der Marktwirtschaft verteidigt. 51% der Befragten und 68% der FDP-Wähler »ärgert, dass die FDP nach der Bundestagswahl nicht in die Regierung eingetreten ist«.

**AfD:** Die AfD ist diejenige Partei, über die die Urteile der eigenen Wähler und aller Befragten am stärksten auseinandergehen. 18% aller Befragten meinen, die AfD werde hauptsächlich wegen ihrer politischen Forderungen gewählt, aber 57% der AfD-Wählerinnen. 77% meinen über die AfD-Wähler, sie würden sich für diese Partei als »Denkzettel für andere Parteien« entscheiden, was aber nur 38% der AfD-Wählerinnen über sich sagen [ZDF]. Die AfD-Wähler sehen deren Kompetenzen in der Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik (79%), im Vertreten deutscher Interessen in der EU (59%) und in der Weiterentwicklung der EU (54%). Die Ansichten der AfD-Wähler über ihre eigene Partei gleichen den Äußerungen bei früheren Wahlen. Es gibt eine sehr hohe Übereinstimmung (98%) bei bestimmten Themen: Begrenzung des

Zuzugs von Ausländern und Flüchtlingen, Verringerung des Einflusses des Islam in Deutschland. Vermutlich wegen dieser Themen wird sie von 86% für die einzige Partei gehalten, mit der »ich meinen Protest gegenüber der Politik ausdrücken kann«, und dabei wird von 47% in Kauf genommen, dass die Partei „sich nicht genug von rechtsextremen Positionen distanziert«. Das sehen auch 84% aller Befragten so. Die beiden inhaltlichen Positionen zu Ausländern und Islam werden mehr oder weniger von einem Drittel aller Befragten geteilt bzw. findet es ein Drittel gut, dass die AfD diese Positionen vertritt.

## Wählerwanderungen

Die Wählerwanderungen wurden von Infratest dimap nicht im Vergleich zur vorherigen Europa-Wahl ermittelt mit der Begründung, dass zu viele Wähler ihre damalige Entscheidung nicht mehr (richtig) erinnern würden. Stattdessen wurde das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl erfragt. Hierbei handelt es sich um einen zweifelhaften Vergleich, da hier zwei Wahlen mit unterschiedlichem Charakter verglichen werden: Bei der Wahl zum Europäischen Parlament gibt es keine Sperrklausel und insofern entfällt die Abwägung, ob man eine Partei wählen soll, die absehbar nicht im Parlament vertreten ist. Außerdem entfallen bei der Wahlentscheidung alle taktischen Überlegungen, die etwas mit den möglichen Regierungs- und Koalitionsbildungen zu tun haben. Auch vermitteln die Abgänge zu den Nichtwählern ein verzerrtes Bild angesichts der gestiegenen Wahlbeteiligung.

Angesichts dieser Einwände beschränkt sich dieser Bericht auf einige qualitative, herauszuhebende Merkmale:

Auffällig sind die Verluste aller Parteien, auch der Grünen, an andere kleinere Parteien. Im Vergleich zur Stimmzahl bei der Bundestagswahl sind sie bei der Linkspartei besonders hoch und bei der AfD besonders gering.

Die AfD gewinnt nochmals von allen Bundestags-Parteien mit Ausnahme der Grünen Stimmen, verliert aber auch überdurchschnittlich an Nichtwähler. Letzteres gilt auch für die FDP, die nach allen Seiten verliert, nur nicht an die Linke.

Die Linke verliert ebenfalls überdurchschnittlich an Nichtwähler, an andere Parteien und dann vor allem an die Grünen.

Die Grünen gewinnen von allen anderen Bundestagsparteien und dabei im gleichen Maße von SPD und Union - und sogar Wähler, die bei der Bundestagswahl nicht teilgenommen haben, was angesichts der geringeren Wahlbeteiligung herausgehoben werden muss (ähnlich war dies 2014 bei der AfD der Fall).

Die SPD verliert nicht allseitig Stimmen, sie gewinnt gegenüber 2017 jeweils ein paar 10.000 Stimmen von der Linkspartei, der FDP und der Union.